

Für eine behindertengerechte Stadt

Rat stimmt Gründung eines Behinderten- und Seniorenbeirates zu

Der Gründung eines Behinderten- und Seniorenbeirates für Obernkirchen zu Beginn des kommenden Jahres steht nichts mehr im Wege: Der Stadtrat hat jetzt grünes Licht gegeben.

Obernkirchen. Ins Leben gerufen und beantragt wurde diese Idee von den Kreisseniorenvertretern Albert Stein und Walter Scheer sowie von Renate Ernst und Hans-Joachim Manzke, Vertreter des Kreisbehindertenrates. Der Hintergedanke dieser Idee: Alle Kommunen im Landkreis, außer Bad Eilsen, Nienstädt und Sachsenhagen, hätten bereits entsprechende Gremien, erklärt Albrecht Stein. Für eine kleine Stadt wie Obernkirchen würde es sich jedoch nicht lohnen, zwei separate Beiräte einzurichten. So habe man sich für die kombinierte Variante entschieden.

Konstituieren wird sich der Behinderten- und Seniorenbeirat im kommenden Jahr. Dazu schreibt die Verwaltung zunächst beteiligte Institutionen wie Sozialverband, Altenheime und Kirchengemeinden, Rotes Kreuz sowie verschiedene Seniorengruppen an, welche dann jeweils zwei Delegierte bestimmen. Diese Delegierten kommen dann zu einer Versammlung zusammen und wählen aus ihren Reihen sieben Mitglieder für den Beirat – nach folgenden Kriterien: Mindestens drei Vertreter müssen das 60. Lebensjahr vollendet haben, und drei sollen selbst betroffen sein oder im Umgang mit Behinderten stehen. Kein Mitglied des Beirates darf ein kommunales Mandat haben.

Die Arbeitsaufgaben des Gremiums sind vielfältig, haben jedoch eines gemein: „Wir wollen Vorurteile abbauen und die Leute aufklären“, erläutert Renate Ernst. So wird der Beirat den Seniorenheimen Besuche abstatten, mit Behinderten eng zusammenarbeiten, in der örtlichen Pflegekonferenz mitwirken, Ratgeberflyer erstellen, im Hospizbereich tätig sein und sich für ein behindertengerechtes Verkehrssystem einsetzen.

Als beratendes Organ soll er Rat, Verwaltung sowie einzelnen Ausschüssen zur Verfügung stehen. Zugleich besitzt der Beirat die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Finanziell wird das Gremium jährlich mit Haushaltsmitteln zwischen 500 und 1000 Euro unterstützt. Die Verwendung muss in einer Jahresabrechnung belegt werden. clb